

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises		
62 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Gewässerverrohrung in der Stadt Melle)	345	
63 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	345	
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände		
217 Amtliche Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften der Stadt Bramsche	346	
218 Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Gemeinde Bad Essen	347	
219 Satzung der Gemeinde Bissendorf über die Gewährung von Aufwandsentschädigung, Auslagenersatz und Verdienstausfall für ehrenamtlich tätige Personen in der Freiwilligen Feuerwehr	350	
220 Satzung über eine Veränderungssperre in der Stadt Quakenbrück für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 „Artlandstraße Mitte“		351
221 Flurbereinigung Löniger Mühlenbach West, Anordnung der vorläufigen Besitzzeineinweisung		352
222 1. Änderungssatzung vom 24.09.2020 zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe in der Gemeinde Bad Essen (Friedhofsgebührensatzung) vom 12.12.2017		353
223 Jahresabschluss 2019 Wasserwerk der Stadt Bad Iburg		353
224 Jahresabschluss 2019 Abwasserwerk der Stadt Bad Iburg		351
225 Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der oleg Osnabrücker Landentwicklungsgesellschaft mbh		355
226 Satzung der Samtgemeinde Neuenkirchen über die Gewährung von Aufwandsentschädigung und Verdienstausfall für ehrenamtlich tätig Personen im Feuerwehrwesen		357

A. Bekanntmachungen des Landkreises

62

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit (Gewässerverrohrung in der Stadt Melle)

Bei folgendem Verfahren wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 7 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 08. September 2017 (BGBl. I S. 3370) geändert worden ist, geprüft:

Es wurde die Gewässerverrohrung eines Straßenseitengrabens in der Stadt Melle beantragt.

Nach der Vorprüfung ist eine UVP für das genannte Vorhaben aus den folgenden Gründen nicht erforderlich:

Das Grundwasser ist vom Vorhaben nicht betroffen.

Besonders geschützte Gebiete sind von dem Vorhaben nicht betroffen. Das FFH-Gebiet Else liegt ca. 615 m entfernt, erhebliche Auswirkungen auf die Schutzziele sind jedoch nicht zu erwarten. Denkmäler liegen nicht im Einwirkungsbereich. Abfälle fallen nicht an, da der anfallende unbelastete Bodenaushub uneingeschränkt verwendet werden kann. Umweltverschmutzungen und Belästigungen sind nicht zu befürchten. Es sind weder Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen noch Risiken für die menschliche Gesundheit zu erwarten. Das Vorhaben kollidiert nicht mit regional- und bauleitplanerischen Zielsetzungen. Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind aufgrund der geringen Auswirkungen nicht zu erwarten.

Das abzuleitende Oberflächenwasser wird trotz der Vorbelastung durch bestehende Grabenverrohrungen nicht negativ beeinflusst. Bei antragsgemäßer Ausführung der Baumaßnahme gibt es keinen erhöhten stofflichen Eintrag oder hydraulische Probleme.

Das Vorhaben sieht eine dauerhafte Versiegelung von ca. 25 m² Fläche vor. Diese Versiegelung führt zwar zu einem Verlust der Bodenfunktionen auf der Versiegelungsfläche, diese ist aber als kleinräumig zu bewerten. Zudem liegt das Vorhaben in einem siedlungsgeprägten Bereich, wodurch die örtlichen Bodenfunktionen bereits in gewissem Maße anthropogen beeinflusst sind.

Es sind keine erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter zu erwarten.

Eine UVP ist nicht erforderlich.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 28.09.2020

Landkreis Osnabrück
Fachdienst Umwelt
Die Landrätin
i. A. Olschewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

63

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 1 Satz 1

Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPg) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 117 V vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328) geprüft.

Aktenzeichen: 11-bip-04564-20
Antragsteller: Windkraft Swatte Poele GmbH & Co. KG
Baugrundstück: Bippin, Im Felde
Gemarkung: Vechtel
Flur: 14 9 9 9 9
Flurstück(e): 42 6 12 20 25

Änderungsanzeige nach §15 BImSchG

Windpark Swatte Poele, Änderung der Fundamente (Haupt-Az.: 2021-16)

Die Windkraft Swatte Poele GmbH & Co. KG plant die Änderung der Fundamente an den fünf Windenergieanlagen des Windparks Swatte-Poele in der Gemeinde Bippin, Gemarkung Vechtel, Flur 9, Flurstücke 6, 12, 20 und 25 sowie Flur 14, Flurstück 42. Bei dem Standort der Vorhaben handelt es sich planungsrechtlich um Innenbereich, da ein Bebauungsplan zugrunde liegt.

Nach der allgemeinen Vorprüfung ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung für das genannte Vorhaben aus folgenden Gründen nicht erforderlich.

Gemäß der Nr. 3 Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPg) sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen.

Für die Schutzgüter Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, Klima, Luft, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind keine erheblichen Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben zu erwarten, da durch die Änderung keine geänderten Auswirkungen auf diese Schutzgüter einwirken.

Ebenso sind keine erheblichen Umweltauswirkungen auf die Schutzgüter Fläche, Boden und Wasser zu erwarten. Durch die Änderung ist eine lediglich geringfügig höhere Flächeninanspruchnahme/Versiegelung erforderlich (ca. 140 m²). Die zu versiegelnde Fläche wird auf das Nötigste reduziert. Durch die Umstellung der Fundamentart entsteht keine Änderung bei der Nutzung von Wasser. Somit verbleiben auch hier keine erheblichen Umweltauswirkungen.

Es liegen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPg nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.10.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtliche Bekanntmachung über den Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften der Stadt Bramsche

Die Veröffentlichung des o.g. Satzungsbeschlusses vom 15.09.2020 wird mit dieser Bekanntmachung berichtigt.

Der Rat der Stadt Bramsche hat in seiner Sitzung am 29.06.2020 den Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften, einschl. Begründung als Satzung gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Bei dem Bebauungsplan fand das Verfahren gem. § 13a BauGB „Bebauungspläne der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren“ Anwendung.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 168 „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften ist in dem nachstehenden Planausschnitt durch Umrandung kenntlich gemacht.

Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 168, „Am Papenbruch“, mit örtlichen Bauvorschriften, (Auf dem Damm, Penter Weg, Am Papenbruch)



Der Bebauungsplan Nr. 168 „Am Papenbruch, mit örtlichen Bauvorschriften einschl. Begründung tritt mit der Bekanntmachung im Amtsblatt Nr. 19, für den Landkreis Osnabrück am 15.10.2020 gemäß § 10 BauGB in Kraft.

Der o.g. Bauleitplan liegt ab sofort im Fachbereich 4 – Stadtentwicklung, Bau und Umwelt -, Rathaus, Hasestraße 11, 49565 Bramsche, Zi. O 55, aus und kann während der Servicezeiten eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des o. g. Bauleitplanes Auskunft erlangen.

Es wird darauf hingewiesen, dass wenn nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplanes Verletzungen von Verfahrens- und Formvorschriften gem. § 214 Abs. 1 BauGB oder beachtliche Verletzungen unter Berücksichtigung des § 215 Abs. 2 BauGB der Vorschriften über das

Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges gemäß § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB schriftlich gegenüber der Stadt Bramsche unter Darlegung des begründeten Sachverhalts geltend gemacht worden sind, diese unbeachtlich werden.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eingetretenen Vermögensnachteilen, sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bramsche, den 18.09.2020

Stadt Bramsche
Der Bürgermeister
Pahlmann

(Siegel)

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

218

Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Gemeinde Bad Essen

Aufgrund der §§ 1 und 55 des Nds. Polizei- und Ordnungsbehörden-gesetzes (NPOG) i.d.F. vom 17.12.2019 (Nds. GVBl. S. 428) und der §§ 10 und 58 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes i.d.F. vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244) hat der Rat der Gemeinde Bad Essen am 24.09.2020 folgende Verordnung erlassen:

§ 1 Begriffsbestimmungen

1. Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Wege und Plätze.
2. Zu den Straßen gehören Fahrbahnen, Radwege, Treppen, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Gossen, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Parkstreifen und ähnliche Bestandteile.
Gehweg ist der Teil der Straße, der nur den Fußgängern dient und durch Bordsteine oder in anderer erkennbarer Weise von der übrigen Straßenfläche abgetrennt ist. Als Gehwege gelten auch die an den Seiten von Straßen entlangführenden Streifen, die nicht erhöht und nicht oder nur leicht befestigt sind.
Ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind, bleibt unberücksichtigt.
3. Öffentliche Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind die der Allgemeinheit zugänglichen Erholungsflächen, Kuranlagen, Grünanlagen, Kinderspielplätze, Sportanlagen, Bushaltestellen, Parkplätze, Friedhöfe, Schulhöfe und ähnliche Einrichtungen.
4. Fahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind Kraftfahrzeuge und Fahrzeuganhänger, Fahrzeuge und Maschinen der Forst- und Landwirtschaft, Pferdefuhrwerke, Wohnwagen,

Handwagen, Fahrräder, Mofas, Mopeds und Motorräder.

§ 2 Nachtruhe

Es ist verboten, in der Zeit von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr die Nachtruhe anderer mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu stören.

§ 3 Umfang und Durchführung der Straßenreinigung

1. Der Gemeinde Bad Essen obliegt die Reinigung der in der Anlage zur Straßenreinigungssatzung vom 18.12.1975, z.Zt. in der Fassung der 21. Änderung vom 17.07.2014, aufgeführten Straßen. Den Umfang der gemeindlichen Straßenreinigung bestimmt § 2 der Satzung.
2. Soweit die Straßenreinigung nach den §§ 3 bis 5 der Straßenreinigungssatzung den Eigentümern der angrenzenden Grundstücke oder den ihnen gleichgestellten Personen (Anliegern) übertragen worden ist, ist sie einmal wöchentlich an einem Werktag durchzuführen.
3. Die Reinigungspflicht der Anlieger umfasst die Beseitigung von Schmutz, Unrat und Laub. Erheblicher Unkrautbewuchs und Gefahrenquellen sind unverzüglich zu entfernen. Die Beseitigung des Straßenschmutzes obliegt den Anliegern.

§ 4 Beseitigung von Schnee und Glätte

1. Alle Grundstücks- oder Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte oder ihnen dinglich gleich gestellte Personen eines bebauten oder unbebauten Grundstücks sind verpflichtet,
 - a) bei Schneefall Gehwege mit einer geringeren Breite als 1,00 m ganz, die übrigen mindestens in einer Breite von 1,00 m, freizuhalten. Ist ein ausgebauter Gehweg nicht vorhanden, so ist ein entsprechend breiter Streifen neben der Fahrbahn oder, wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußeren Rande der Fahrbahn freizuhalten. Die Verpflichtung bezieht sich werktags auf die Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen auf die Zeit zwischen 08.00 Uhr und 19.00 Uhr.
 - b) bei Glätte dafür zu sorgen, dass Gehwege mit einer geringeren Breite als 1,00 m ganz, die übrigen mindestens in einer Breite von 1,00 m, mit Sand oder anderen abstumpfenden Mitteln so bestreut sind, dass ein sicherer Weg für Fußgänger vorhanden ist. Ist ein ausgebauter Gehweg nicht vorhanden, so ist ein entsprechend breiter Streifen neben der Fahrbahn oder, wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußersten Rand der Fahrbahn zu bestreuen. Bei eintretendem Tauwetter sind die Gehwege von dem vorhandenen Eis zu befreien. Die Verpflichtung bezieht sich werktags auf die Zeit zwischen 07.00 Uhr und 19.00 Uhr sowie an Sonn- und Feiertagen auf die Zeit zwischen 08.00 Uhr und 19.00 Uhr.
 - c) Gossen, insbesondere die Regenwassereinläufe, schnee- und eisfrei zu halten. Die von Gehwegen und Gossen geräumten Schnee- und Eismassen dürfen

nicht so gelagert werden, dass dadurch der Verkehr auf der Fahrbahn und dem Gehweg gefährdet oder mehr als unvermeidbar behindert wird.

- d) überhängenden Schnee und Eiszapfen von Gebäuden zu entfernen, wenn sie abzubrechen drohen und dadurch Menschen gefährden oder Sachen beschädigt werden können.

- 2. Zur Beseitigung von Schnee und Glätte dürfen Chemikalien nicht verwendet werden.

§ 5

Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen

- 1. Fahrzeuge dürfen nicht auf Straßen und Gehwegen, in Anlagen oder in unmittelbarer Nähe von Gewässern gereinigt, repariert oder gewartet werden.
- 2. Absatz 1 gilt nicht, soweit Scheiben, Beleuchtungseinrichtungen und Kennzeichenschilder gereinigt oder soweit Reparaturen durch plötzliche Betriebsschäden notwendig werden. Bei Reinigungsarbeiten darf lediglich Wasser, aber kein Reinigungs- oder Lösungsmittel, verwendet werden.
- 3. Das Waschen von Fahrzeugen, bei dem Waschwasser mit Öl, Benzin oder Reinigungsmitteln vermischt wird, ist auf den Grundstücken nur dann gestattet, wenn das Waschwasser dem Schmutzwasserkanal über einen Ölabscheider zugeführt oder aufgefangen und fachgerecht entsorgt wird. Es darf nicht im Erdreich versickern.

§ 6

Hecken, Bäume und Sträucher an Straßen

Hecken, Bäume und Sträucher dürfen den Verkehr auf Straßen und Gehwegen nicht behindern oder gefährden sowie amtliche Verkehrszeichen und Straßenleuchten nicht verdecken. Sie sind so im Schnitt zu halten, dass der Luftraum über der Fahrbahn bis zu 4,50 m sowie über Geh- und Radwegen bis zu 3,00 m frei bleibt.

§ 7

Gefährliche Einfriedungen

Stacheldraht, Nägel und sonstige scharfe oder spitze Gegenstände dürfen an den an Straßen oder Gehwegen angrenzenden Einfriedungen, Bauzäunen, Häusern und sonstigen Einrichtungen nur so angebracht werden, dass Personen nicht verletzt und Sachen nicht beschädigt werden können.

§ 8

Hausnummern

- 1. Alle Grundstücks- oder Wohnungseigentümer, Erbbauberechtigte oder ihnen dinglich gleich gestellte Personen eines bebauten Grundstücks sind verpflichtet, die ihnen durch die Gemeinde Bad Essen zugeteilte Hausnummer innerhalb von 14 Tagen nach Beginn der Nutzung des Gebäudes an ihrem Gebäude oder auf dem Grundstück anzubringen. Die Kosten für die Beschaffung, Anbringung und die Erhaltung der Hausnummern sind von dem in Satz 1 genannten Personenkreis zu tragen.

- 2. Die Hausnummern sind bei Hauptgebäuden deutlich sichtbar neben dem Hauseingang anzubringen. Bei mehreren Eingängen ist jeder Eingang mit der Hausnummer zu versehen. Liegt der Hauseingang in der Seitenwand oder an der Rückseite des Gebäudes, so muss die Hausnummer an der Vorderseite des Gebäudes, und zwar unmittelbar an der dem Hauseingang zunächst liegenden Gebäudeecke angebracht werden. Liegt das Hauptgebäude mehr als 5 Meter hinter der Straßenfluchtlinie und ist das Grundstück durch eine Einfriedung von der Straße abgeschlossen, so ist rechts von dem Eingang an der Einfriedung die Hausnummer anzubringen. Eine anderweitige Anbringung kann von der Gemeinde Bad Essen auf Antrag zugelassen werden. Für die Hausnummern sind arabische Ziffern zu verwenden. Die Ziffern müssen eine Mindestgröße von 8 cm haben und aus wasserfestem Material bestehen.
- 3. Bei der Änderung von Straßennamen und bei Änderung der Gebäudenummerierungen ist der in Nr. 1 genannte Personenkreis verpflichtet, die neuen Hausnummern innerhalb eines Monats auf eigene Kosten anzubringen.

§ 9

Spielplätze und Spielgeräte

- 1. Die Benutzung der Spielgeräte in öffentlichen Anlagen oder auf Spielplätzen ist nur für die jeweils angegebene Altersgruppe und zu den angegebenen Zeiten gestattet.
- 2. Es ist untersagt, in Anlagen Fußball zu spielen und Rad zu fahren, soweit dies nicht ausdrücklich zugelassen ist.

§ 10

Halten von Tieren, insbesondere Hunden

- 1. Hunde sind so unterzubringen und zu halten, dass Menschen nicht gefährdet und niemand in seiner Ruhe unzumutbar gestört wird. Hundehalter haben dafür zu sorgen, dass anhaltendes Bellen oder Heulen unterbleibt. Gegebenenfalls sind Hunde von 22.00 Uhr bis 06.00 Uhr in einem geschlossenen Gebäude zu halten. Das Gleiche gilt sinngemäß für das Halten von anderen Tieren.
- 2. Hundehalter und die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Hunden beauftragten Personen sind verpflichtet zu verhindern, dass ihr Tier unbeaufsichtigt herumläuft und Personen oder Tiere gefährdend anspringt oder anfällt.
- 3. Darüber hinaus sind Hunde auf öffentlichen Gehwegen, in öffentlichen Anlagen (soweit zulässig) und in unmittelbarer Nähe zu Schulen und Kindergärten an der kurzen Leine zu führen. Die Leine darf eine Länge von 2 m nicht überschreiten.
- 4. Hundehalter/Hundehalterinnen und die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Hunden beauftragten Personen sind verpflichtet, durch Hunde verursachte Verunreinigungen unverzüglich zu beseitigen. Die Reinigungspflicht geht der des Anliegers vor.
- 5. Auf Spielplätze, Sportanlagen, Schulhöfe, Einrichtungen der Kinderbetreuung und Friedhöfe dürfen Hunde nicht gelangen. Dieses gilt nicht für Blindenhunde, wenn sie blinde Personen in diese Bereiche führen.

§ 11
Rasenmäher und andere Gartengeräte

1. Rasenmäher dürfen innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen an Werktagen in der Zeit von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr und im gesamten Geltungsbereich von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen nicht betrieben werden.
2. Das Verbot nach Absatz 1 gilt entsprechend für das Betreiben von Heckenscheren, Rasentrimmern/Rasenkantenschneidern (ohne Verbrennungsmotor), Vertikutierern, Häckslern und Motorkettensägen. Für alle weiteren Gartengeräte gelten besondere Bestimmungen.

§ 12
Staub

Staub, der durch die Behandlung, Verladung oder Beförderung von Bodenaushub, Bauschutt, Baustoffen, Kehrriecht, Asche oder anderen Stoffen entsteht und sich auf Straßen, Gehwegen, Anlagen oder Nachbargrundstücken ausbreitet, ist durch geeignete Mittel (z.B. Sprengen mit Wasser) zu verhindern bzw. unverzüglich zu beseitigen.

§ 13
Werbung

An Bushaltestellen, Brücken, Bäumen, Leitungs- und Straßenbeleuchtungsmasten dürfen Werbemittel, insbesondere Plakate und Anschlagzetteln, nicht angebracht oder aufgestellt werden.

§ 14
Benutzung öffentlicher Anlagen

1. Es ist untersagt, in öffentlichen Anlagen
 - a) zu übernachten,
 - b) dauerhaft zu verweilen, zum ausschließlichen oder überwiegenden Zwecke des Alkoholgenusses, wenn dessen Auswirkungen geeignet sind, Dritte erheblich zu belästigen,
 - c) die nicht von der Regelung der Straßenverkehrsordnung erfasst werden, Kraftfahrzeuge aller Art, Wohnwagen und Anhänger, zu fahren oder abzustellen,
 - d) Feuer zu entzünden,
 - e) Müll und gefährliche Gegenstände, die dazu bestimmt und geeignet sind Menschen zu verletzen und Stoffe, die unter das Betäubungsmittelgesetz fallen, mitzubringen, liegen zu lassen oder außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze oder Behältnisse, zu entsorgen.
2. Der Aufenthalt in öffentlichen Anlagen ist Unbefugten in den durch gesonderte Beschilderung festgelegten Zeiten untersagt.

§ 15
Ausnahmen

Sofern Ausnahmen in den vorstehenden Bestimmungen nicht ausdrücklich geregelt sind, bedürfen sie einer schriftlichen Erlaubnis der Gemeinde Bad Essen.

§ 16
Ordnungswidrigkeiten

1. Ordnungswidrig gemäß § 59 Abs. 1 NPOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen
 - §§ 3 und 4 dieser Verordnung die Verpflichtung zur Durchführung der Straßen- und Gehwegreinigung sowie die Verpflichtung zur Beseitigung von Schnee und Glätte nicht erfüllt,
 - § 5 dieser Verordnung Fahrzeuge reinigt oder repariert,
 - § 6 dieser Verordnung Hecken, Bäume und Sträucher nicht im Schnitt hält,
 - § 7 dieser Verordnung gefährliche Einfriedungen herstellt,
 - § 8 dieser Verordnung Hausnummern nicht anbringt bzw. nicht unterhält,
 - § 9 dieser Verordnung Spielplätze und Spielgeräte nutzt,
 - § 10 dieser Verordnung Tiere, insbesondere Hunde hält,
 - § 11 dieser Verordnung Rasenmäher und andere Gartengeräte betreibt,
 - § 12 dieser Verordnung Staub verursacht,
 - § 13 dieser Verordnung Werbemittel anbringt,
 - § 14 dieser Verordnung öffentliche Anlagen missbräuchlich nutzt oder sich als Unbefugter entgegen der örtlichen Beschilderung in öffentlichen Anlagen aufhält.
2. Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 59 Abs. 2 NPOG mit einer Geldbuße von bis zu 5.000,- € geahndet werden.

§ 17
Inkrafttreten

1. Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt gemäß § 61 NPOG nach Ablauf einer Geltungsdauer von 10 Jahren außer Kraft.
2. Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die „Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Gebiet der Gemeinde Bad Essen“ vom 01.05.2018 außer Kraft.

Bad Essen, den 25.09.2020

Gemeinde Bad Essen
Timo Natemeyer
Bürgermeister

(Siegel)

Satzung
der Gemeinde Bissendorf
über die Gewährung von Aufwandsentschädigung,
Auslagersatz und Verdienstausfall für
ehrenamtlich tätige Personen in der
Freiwilligen Feuerwehr

Aufgrund der §§ 10, 11 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der zur Zeit gültigen Fassung und der §§ 1, 2, 32 und 33 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (Niedersächsisches Brandschutzgesetz) in der Fassung vom 20.05.2019 hat der Rat der Gemeinde Bissendorf in seiner Sitzung am 24.09.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Entschädigung Gemeindebrandmeister

- (1) Der Gemeindebrandmeister erhält für seine ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 200,00 Euro.
- (2) Der stellvertretende Gemeindebrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung von der Hälfte der Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 1. Ist nur ein stellvertretender Gemeindebrandmeister ernannt, beträgt die Aufwandsentschädigung dreiviertel der Aufwandsentschädigung nach § 1 Abs. 1.

§ 2

Entschädigung Ortsbrandmeister

- (1) Die Ortsbrandmeister erhalten für ihre ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von

Feuerwehrscharpunkt Bissendorf	150,00 Euro
Feuerwehrscharpunkt Schleddehausen	150,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Ellerbeck	100,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Jeggen	100,00 Euro

- (2) Die stellvertretenden Ortsbrandmeister erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von

Feuerwehrscharpunkt Bissendorf	75,00 Euro
Feuerwehrscharpunkt Schleddehausen	75,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Ellerbeck	50,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Jeggen	50,00 Euro

§ 3

**Entschädigung sonstiger ehrenamtlicher
Funktionsträger**

- (1) Der Gerätewart in der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von

Feuerwehrscharpunkt Bissendorf	110,00 Euro
Feuerwehrscharpunkt Schleddehausen	110,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Ellerbeck	30,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Jeggen	30,00 Euro

- (2) Der Gemeindefunkwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro.

Der Sicherheitsbeauftragte in der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von

Feuerwehrscharpunkt Bissendorf	30,00 Euro
Feuerwehrscharpunkt Schleddehausen	30,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Ellerbeck	20,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Jeggen	20,00 Euro

- (3) Der Gemeindejugendwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro.

Der Jugendwart in der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro.

Der stellvertretende Jugendwart in der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 15,00 Euro.

Der Kinderwart in der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 €.

- (4) Der Gemeindeatemschutzgerätewart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro.

Der Atemschutzgerätewart in der Ortsfeuerwehr erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von

Feuerwehrscharpunkt Bissendorf	30,00 Euro
Feuerwehrscharpunkt Schleddehausen	30,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Ellerbeck	20,00 Euro
Ortsfeuerwehr mit Grundausrüstung Jeggen	20,00 Euro

- (5) Der Gemeindefunkwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro.

Der stellvertretende Gemeindefunkwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro.

- (6) Der Leiter der Musikabteilung erhält für seine ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro.

Der stellvertretende Leiter der Musikabteilung erhält für

seine ehrenamtliche Tätigkeit eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 Euro.

- (7) Die vom Gemeindebrandmeister bestellten Brandschutzerzieher in der Gemeindefeuerwehr erhalten für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro.

§ 4

Die Aufwandsentschädigungen (§§ 1 – 3) erhöhen sich jährlich um die Steigerung des Verbraucherpreisindex für Deutschland aufgerundet auf vollen Euro.

§ 5

Entschädigungsansprüche

- (1) Für die Ansprüche der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr auf Ersatz des Verdienstaufalles bzw. Weiterzahlung des Arbeitsentgelts bei Einsätzen und Ausbildungsmaßnahmen, Ersatz der Aufwendungen für die Betreuung von Kindern sowie die Regulierung weiterer Entschädigungsansprüche gelten § 32 und § 33 des Nieders. Brandschutzgesetzes in der zur Zeit gültigen Fassung.
- (2) Der Höchstbetrag des gemäß § 32 des Nieders. Brandschutzgesetzes zu erstattenden Verdienstaufalles an selbständig Tätige wird auf 25,00 Euro je Stunde, begrenzt auf acht Stunden pro Tag, festgesetzt.
- (3) Der Höchstbetrag der gemäß § 33 Abs. 2 des Nieders. Brandschutzgesetzes zu erstattenden Aufwendungen für die Betreuung von mindestens einem Kind, welches das 10. Lebensjahr nicht vollendet hat, wird auf 5,00 Euro je Stunde, begrenzt auf acht Stunden pro Tag, festgesetzt.
- (4) Bei einer Teilnahme an Lehrgängen, die an der Niedersächsischen Akademie für Brand- und Katastrophenschutz stattfinden, wird der nachgewiesene Lohnausfall erstattet. Alternativ kann die Teilnahme durch Tagessätze von 100,00 Euro vergütet werden. Die Erstattung für selbständig Tätige umfasst einen Tagessatz von 100,00 Euro.
- (5) Für die Teilnahme an technischen Lehrgängen und Fortbildungen innerhalb des Landkreises Osnabrück wird folgender Pauschalbetrag festgesetzt:

10,00 Euro pro Lehrgangstag.

Eintägige Lehrgänge oder Schulungen werden nicht vergütet.

§ 6

Aufwandsentschädigungen bei Verhinderungen

- (1) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung entfällt, wenn ein Funktionsträger ununterbrochen länger als drei Monate verhindert ist, seine Aufgaben wahrzunehmen.
- (2) Nimmt der Vertreter die Funktion ununterbrochen länger als drei Monate wahr, so erhält er für die darüber hinausgehende Zeit $\frac{3}{4}$ der für den Vertretenen festgesetzten Aufwandsentschädigung. Eine nach dieser Satzung an den Vertreter zu zahlende Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

§ 7 Inkrafttreten

Die Satzung in der Fassung vom 13.12.2012 ist am 01.01.2013 in Kraft getreten.

Die Änderungssatzung vom 24.09.2020 tritt am 01.11.2020 in Kraft.

Bissendorf, den 25.09.2020

(Siegel)

Gemeinde Bissendorf
Der Bürgermeister
Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

220

Satzung über eine Veränderungssperre in der Stadt Quakenbrück für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 "Artlandstraße Mitte"

Auf Grund der §§ 14 und 16 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), in der zurzeit geltenden Fassung, i.V.m. den §§ 10 und 11 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG), in der zurzeit geltenden Fassung, hat der Rat der Stadt Quakenbrück in seiner Sitzung am 28.09.2020 folgende Veränderungssperre als Satzung beschlossen:

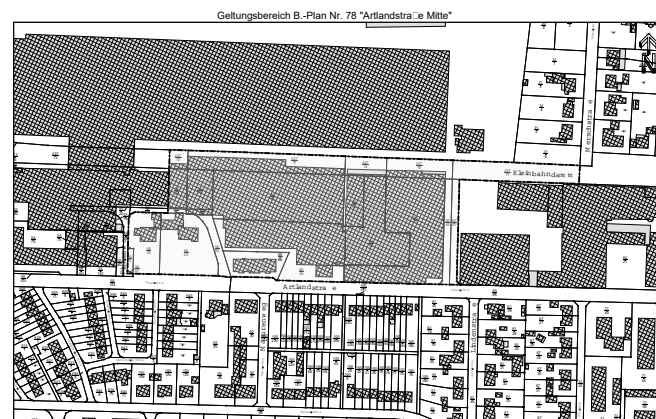
§ 1

Für den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 78 "Artlandstraße Mitte" wird eine Veränderungssperre angeordnet.

Der Geltungsbereich der Änderung umfasst eine Flächengröße von ca. 2,89 ha und wird folgendermaßen begrenzt:

Im Norden durch die alte Trasse des Kleinbahndamms, im Osten durch die Industriestraße Kynast/Segler, im Süden durch die Artlandstraße sowie im Westen durch den Finkenweg.

Der Geltungsbereich ist zudem aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



§ 2

Im unter § 1 bezeichneten Geltungsbereich dürfen

1. Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden und
2. erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen der Grundstücke und baulichen Anlagen, deren Veränderungssperren nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.

Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen, kann eine Ausnahme zugelassen werden.

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Quakenbrück, 29.09.2020

Stadt Quakenbrück

(Siegel)

Brüggemann
Bürgermeister

Poppe
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

221

Anordnung der vorläufigen Besitzeinweisung

- 1) In der **Flurbereinigung Löniger Mühlenbach West** wird hiermit gemäß § 65 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 16.03.1976 (BGBl. I, S. 546), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl. I, S. 2794) **zum 01.11.2020** die vorläufige Besitzeinweisung angeordnet sowie gemäß § 44 Abs.1 FlurbG der **Umrechnungsfaktor** endgültig auf 1200 festgesetzt.
- 2) Überleitungsbestimmungen
Die tatsächliche Überleitung in den neuen Zustand, d. h. der Übergang des Besitzes, der Verwaltung und der Nutzung der neuen Grundstücke, wird im Einzelnen durch die mit dem Vorstand der Teilnehmergemeinschaft erörterten Überleitungsbestimmungen vom 09.09.2020 geregelt. Diese wurden den Teilnehmern mit den Karten und Nachweisen über die neuen Grundstücke bereits zugesandt.
- 3) Termine, Auskünfte
Den Grundstückseigentümern wurde die neue Feldeinteilung erläutert. Sofern aufgrund von Anregungen der Teilnehmer neue Grundstücke verändert wurden, haben diese Teilnehmer neue Karten und Nachweise erhalten. Besitz, Verwaltung und Nutzung der neuen Grundstücke gehen zu den in den Überleitungsbestimmungen festgesetzten Terminen auf die Empfänger der neuen Grundstücke über. Die Überleitungsbestimmungen sowie eine Übersichtskarte, die die geplante Abgrenzung der neuen Grundstücke darstellt, hängen in der Zeit vom 19.10. bis 20.11.2020 bei der Stadt Lönigen, (Zi.-Nr. 16), Lindenallee 3, 49624 Lönigen während der Dienstzeiten zur Einsichtnahme für alle Beteiligten aus. Auf Antrag werden die neuen Grenzen örtlich angezeigt. Sonderregelungen im Einzelfall bleiben dem Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems vorbehalten.

4) Begründung

Im Flurbereinigungsverfahren Löniger Mühlenbach West sind die Voraussetzungen für die Anordnung der vorläufigen Besitzeinweisung erfüllt. So sind die neuen Grundstücksgrenzen in die Örtlichkeit übertragen, liegen endgültige Nachweise über Fläche und Wert der neuen Grundstücke vor und steht das Verhältnis der Abfindung zu dem von jedem Beteiligten Eingebrauchten fest. Die vorläufige Besitzeinweisung dient der Verfahrensbeschleunigung und vermeidet Übergangsschwierigkeiten, die den Teilnehmern durch längeres Warten auf den Eintritt des neuen Zustandes entstehen. Außerdem ist die vorläufige Besitzeinweisung Voraussetzung für noch auszuführende Baumaßnahmen und zu erstellende sowie zu beseitigende Anlagen.

5) Sofortige Vollziehung

Für diese Anordnung wird hiermit die sofortige Vollziehung gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 der Verwaltungsgerichtsordnung vom 19.03.1991 (BGBl. I, S. 686), zuletzt geändert durch Art. 181 V vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328), angeordnet.

6) Begründung der sofortigen Vollziehung

Eine Verzögerung des Besitzüberganges würde erhebliche Schwierigkeiten und Nachteile für die betroffenen Beteiligten und für die Allgemeinheit in betriebs- und volkswirtschaftlicher Hinsicht verursachen. Die Ziele der vorläufigen Besitzeinweisung können nur erreicht werden, wenn der Übergang des Besitzes auf alle neuen Grundstücke zu einem einheitlichen Zeitpunkt erfolgt. Dazu ist die sofortige Vollziehung erforderlich. Die sofortige Vollziehung liegt somit im überwiegenden Interesse der Beteiligten und im erheblichen öffentlichen Interesse.

7) Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Anordnung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) Weser – Ems, Theodor-Tantzen-Platz 8, 26122 Oldenburg sowie im Dienstgebäude Markt 15/16, 26122 Oldenburg schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch erhoben werden.

8) Besondere Hinweise

- a. Es wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass dieser Verwaltungsakt nicht erfolgreich mit der Begründung angefochten werden kann, dass ein Teilnehmer mit der Zuteilung der neuen Flächen als endgültiger Landabfindung nicht einverstanden ist. Widersprüche dieser Art sind Widersprüche gegen den Flurbereinigungsplan und können nach § 59 FlurbG erst im Anhörungstermin zum Flurbereinigungsplan, zu dem noch zu einem späteren Zeitpunkt gesondert geladen wird, vorgebracht werden.
- b. Das Widerspruchsrecht gegen den noch aufzustellenden Flurbereinigungsplan, der die endgültige Flächenzuteilung regeln wird, ist durch den Antritt der durch diese vorläufige Besitzeinweisung zugewiesenen Flächen nicht beeinträchtigt.
- c. Die rechtlichen Wirkungen der Besitzeinweisung enden mit der Ausführung des Flurbereinigungsplanes, wodurch die neuen Grundstücke Eigentum der Teilnehmer werden.
- d. Bei Verpachtungen haben die Verpächter die neuen Flächendaten den Pächtern bekannt zu geben.
- e. Gemäß § 27a Abs. 2 Verwaltungsverfahrensgesetz

wird diese öffentliche Bekanntmachung mit den Überleitungsbestimmungen und der Übersichtskarte auch im Internet unter www.flurb-we.niedersachsen.de in der Rubrik „Öffentliche Bekanntmachungen“ eingestellt.

f. Ermittlung des Dauergrünlandstatus nach DirektZahl DurchfG i.V.m. der VO (EU) Nr. 1307/2013 und VO (EU) Nr. 639/2014

Die Flurbereinigungsbehörde weist darauf hin, dass sie für den Zeitraum der Durchführung des Flurbereinigungsverfahrens zur sachgerechten und zweckmäßigen Planung des Flurbereinigungsverfahrens den Dauergrünlandstatus aus der Agrarförderung beim Servicezentrum für Landentwicklung und Agrarförderung erheben wird.

Oldenburg, 28.09.2020

**Amt für regionale Landesentwicklung
Weser – Ems (ArL W-E)**

(Siegel) i. A. Brandt
Projektleiter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

222

**1. Änderungssatzung
vom 24.09.2020
zur Satzung über die Erhebung von Gebühren
für die Benutzung
der Friedhöfe in der Gemeinde Bad Essen
(Friedhofsgebührensatzung) vom 12.12.2017**

Aufgrund § 13 des Gesetzes über das Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen vom 08.12.2005 (Nds. GVBl. S. 381), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 117), der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.07.2020 (Nds. GVBl. S. 244) und der §§ 1, 2 und 5 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 20.04.2017 (Nds. GVBl. S. 121), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), hat der Rat der Gemeinde Bad Essen in seiner Sitzung am 24.09.2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

§ 2 der Friedhofsgebührensatzung erhält folgende Fassung:

**§ 2
Gebührenmaßstäbe und Gebührensätze**

1. Gebühren für Nutzungsrechte

1.1	Erwerb des Nutzungsrechtes	
1.1.1	an einem Reihengrab	757 €
1.1.2	an einem Wahlgrab je Grabstelle	503 €
1.1.3	an einem Urnenreihengrab	443 €
1.1.4	an einem Urnenwahlgrab je Doppelgrab	368 €
1.1.5	an einem anonymen Urnengrab	743 €
1.1.7	an einem Rasenreihengrab für Urnenbestattung	943 €

1.2 Verlängerung des Nutzungsrechtes

(für jedes Jahr der Verlängerung)

1.2.1	an einem Wahlgrab	16 €
1.2.2	an einem Urnenwahlgrab je Grabstelle	12 €

2. Bestattungsgebühren

2.1	Sargbestattung (Ausheben und Zufüllen der Gruft, Begleitung der Trauerfeier, Herrichtung des Nothügels und Auflegen der Kränze)	305 €
2.2.	Urnenbestattung	206 €
2.3.	Kapellenbenutzung (Nutzung der Leichenkammer für vier Tage, Ausschmückung der Kapelle und Benutzung für die Trauerfeier)	517 €
2.5	Leichenaufbewahrung ohne Kapellenbenutzung je Tag	44 €
2.6	Urnenaufbewahrung ab dem 5. Tag je Tag	35 €

3. Umbettungsgebühren

3.1.	Sargumbettung	611 €
3.2.	Urnenumbettung	305 €

4. Friedhofsunterhaltungsgebühren

4.1	Gebühr für die laufende Unterhaltung, Bewirtschaftung und Pflege der Friedhofsanlagen je Wahlgrabstelle jährlich	16 €
	je Urnenwahlgrabstelle je Doppelgrab	16 €
	je Reihengrabstelle, anonyme Grabstelle, Rasenurnengrabstelle *)	16 €
	(*) in der Grabnutzungsgebühr bei Erwerb der Grabstelle enthalten)	

5. Verwaltungsgebühren/Sonstige Gebühren

5.1	Genehmigung eines Grabmales	28 €
5.2	Genehmigung einer Umbettung	455 €
5.3	Umschreibung des Nutzungsrechtes	28 €
5.4	Stelenbeschriftung bei Rasenreihengrab für Urnenbeisetzung je Buchstabe	15 €

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt mit Wirkung vom 01.01.2021 in Kraft.

Bad Essen, den 25.09.2020

Gemeinde Bad Essen
Timo Natemeyer
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

223

**Jahresabschluss 2019
Wasserwerk der Stadt Bad Iburg**

Der mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfer Dipl.-Kfm. Hermann Ewerding, hat mit Datum vom 07. August 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**Bestätigungsvermerk
des unabhängigen Abschlussprüfers**

„Ich habe den Jahresabschluss des Wasserwerkes der Stadt Bad Iburg – bestehend aus der Bilanz zum 31.12.2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus habe ich den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Bad Iburg für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 geprüft. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. von § 53 Abs. 1 HGRG.

Nach meiner Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31.12.2019 sowie der Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Wasserwerkes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist vor dem Hintergrund der Erhöhung des Wasserpreises ab dem 01.01.2020 nicht zu beanstanden. Das Wasserwerk wird wirtschaftlich geführt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erkläre ich, dass meine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat und dass die wirtschaftlichen Verhältnisse keinen Anlass zu Beanstandungen geben.

Ich habe meine Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse habe ich darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGRG vorgenommen. Meine Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ meines Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Ich bin von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und habe meine sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Ich bin der Auffassung, dass die von mir erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Wasserwerkes vermittelt. [...]

Meine Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu er-

langen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Wasserwerkes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der meine Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.“ [...]

„Ergänzende Bemerkungen des **Rechnungsprüfungsamtes** nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 20. August 2020

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Der Rat der Stadt Bad Iburg hat in seiner Sitzung am 24.09.2020 den Jahresabschluss 2019 einschließlich Lagebericht für das Wasserwerk der Stadt Bad Iburg festgestellt. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von -126.261,81 € wird auf Rechnung des neuen Wirtschaftsjahres vorgetragen.

Der Betriebsleiterin wird Entlastung erteilt.

Veröffentlichung

Der Jahresabschluss 2019 und der Jahresbericht des Wasserwerkes der Stadt Bad Iburg liegen in der Zeit vom 16.10.2020 bis 26.10.2020 zur Einsichtnahme im Rathaus, Zimmer 21, während der Sprechzeiten öffentlich aus.

Bad Iburg, den 25.09.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
(Siegel) Niemann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

224

Jahresabschluss 2019 Abwasserwerk der Stadt Bad Iburg

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte FIDES Rudel Schäfer Zweigniederlassung der FIDES Treuhand GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, hat mit Datum vom 20. Juli 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss des Abwasserwerkes der Stadt Bad Iburg, Bad Iburg, – bestehend aus der Bilanz zum

31. Dezember 2019 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Abwasserwerkes der Stadt Bad Iburg, Bad Iburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebs vermittelt. [...]

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebs vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.“ [...]

Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.

Osnabrück, 10. August 2020

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Der Rat der Stadt Bad Iburg hat in seiner Sitzung am 24.09.2020 den Jahresabschluss 2019 einschließlich Lagebericht für das Abwasserwerk der Stadt Bad Iburg festgestellt. Aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 628.869,36 € wird ein Betrag von 74.723,00 € als Erneuerungsrücklage in die zweckgebundenen Rücklagen eingestellt, sowie die Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 374.764,11 € an den Haushalt der Stadt abgeführt. Der verbleibende Jahresüberschuss 2019 in Höhe von 179.382,25 € wird in die allgemeine Rücklage eingestellt.

Der Betriebsleiterin wird Entlastung erteilt.

Veröffentlichung

Der Jahresabschluss 2019 und der Jahresbericht des Abwasserwerkes der Stadt Bad Iburg liegen in der Zeit vom 16.10.2020 bis 26.10.2020 zur Einsichtnahme im Rathaus, Zimmer 21, während der Sprechzeiten öffentlich aus.

Bad Iburg, den 25.09.2020

Stadt Bad Iburg
Die Bürgermeisterin
(Siegel) Niermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

225

Prüfung des Jahresabschlusses 2019 der oleg Osnabrücker Landentwicklungsgesellschaft mbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft HLB Dr. Klein, Dr. Mönstermann + Partner GmbH Osnabrück, hat mit Datum vom 6. Mai 2020 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

„Wir haben den Jahresabschluss der Osnabrücker Land – Entwicklungsgesellschaft mbH, Osnabrück, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2019, der Gewinn- und Verlustrechnung, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 sowie dem Anhang, einschließlich Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden- unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Osnabrücker Land – Entwicklungsgesellschaft mbH, Osnabrück, für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung

der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2019 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 und vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157,158 NKomVG i.V.m. §30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen-beabsichtigten oder unbeabsichtigten-falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme),

die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen-beabsichtigten oder unbeabsichtigten-falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichend Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und §§ 157,158 Nds. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i.V. m. § 30 EigBetrVO Nds. unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und des Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 01. Januar 2019 bis zum 31. Dezember 2019 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Wir haben unsere Prüfung nach § 30 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitgehend beschrieben.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben, sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil

nach § 30 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der in § 53 abs. 1 Nr. 2 HGrG genannten Sachverhalte beinhaltet.

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 32 Abs. 3 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 16. Juni 2020

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der oleg Osnabrücker Landentwicklungsgesellschaft mbH hat in ihrer Sitzung am 09. September 2020 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2019 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 21.118.370,79 € festgestellt. Der entstandene Verlust wird in das Folgejahr vorgetragen. Dem Geschäftsführer Siegfried Averhage wurde für das Geschäftsjahr 2019 Entlastung erteilt.

Gemäß § 31 i.V.m. § 32 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung – EigBetrVo) vom 15.08.1989 (Nds. GVBl. S.318) in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2019 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der Osnabrücker Landentwicklungsgesellschaft mbH für das Geschäftsjahr 2019 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der Osnabrücker Landentwicklungsgesellschaft mbH, Am Schölerberg 1 (Kreishaus), Zimmer 4716, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, den 30.09.2020

oleg
Osnabrücker Landentwicklungsgesellschaft mbH
Siegfried Averhage
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020

226

Satzung
der Samtgemeinde Neuenkirchen
über die Gewährung von Aufwandsentschädigung und
Verdienstausfall für ehrenamtlich tätige Personen
im Feuerwehrwesen

Aufgrund der §§ 10, 44 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010, zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und des § 33 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr vom 18. Juli 2012 (Nds. GVBl. Nr. 16/2012, S. 269), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), hat der Rat der Samtgemeinde Neuenkirchen in seiner Sitzung am 21. September 2020 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Gemeindebrandmeisterin / Gemeindebrandmeister

- (1) Die Gemeindebrandmeisterin oder der Gemeindebrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 220 €.
- (2) Die stellvertretende Gemeindebrandmeisterin oder der stellvertretende Gemeindebrandmeister erhält die Hälfte des unter Abs. 1 genannten Betrages, sofern sie oder er nicht gleichzeitig Ortsbrandmeisterin oder Ortsbrandmeister ist.
- (3) Ist die stellvertretende Gemeindebrandmeisterin oder der stellvertretende Gemeindebrandmeister gleichzeitig Ortsbrandmeisterin oder Ortsbrandmeister, so erhält sie oder er zu ihrer oder seiner nach § 2 genannten Entschädigung einen Betrag in Höhe von 50 €.

§ 2

Ortsbrandmeisterin / Ortsbrandmeister

- (1) Die Ortsbrandmeisterin oder der Ortsbrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 120 €.
- (2) Die stellvertretende Ortsbrandmeisterin oder der stellvertretende Ortsbrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 55 €.

§ 3

Sicherheitsbeauftragte / Sicherheitsbeauftragter

Die Sicherheitsbeauftragte oder der Sicherheitsbeauftragte der Freiwilligen Feuerwehr auf Samtgemeindeebene erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 €.

§ 4

Gerätewartin / Gerätewart

Die Gerätewartin oder der Gerätewart in den einzelnen Ortsfeuerwehren erhält einen monatlichen Grundbetrag in Höhe von 50 € und für jedes zu wartende Fahrzeug einen monatlichen Grundbetrag in Höhe von 12 €.

§ 5

Funkwartin / Funkwart

Die Funkwartin oder der Funkwart der Freiwilligen Feuerwehr auf Samtgemeindeebene erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 47 €.

§ 6

Atemschutzgerätewartin / Atemschutzgerätewart

- (1) Die Leiterin oder der Leiter der Atemschutzpflegestelle (Hauptverantwortliche/r) der Freiwilligen Feuerwehr auf Samtgemeindeebene erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 40 €.
- (2) Die Atemschutzgerätewartin oder der Atemschutzgerätewart der Freiwilligen Feuerwehr auf Samtgemeindeebene erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 36 €.

- (3) Die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter der Atemschutzpflegestelle erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 25 €.
- (4) Die Aufwandsentschädigung für die Reinigung, Wartung und Prüfung je Lungenautomat wird auf je (3,00 €), je Atemschutzmaske auf (5,00 €) festgesetzt.

§ 7

Entschädigung für die Teilnahme an Lehrgängen

- (1) Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehren, die an einem Lehrgang an den Niedersächsischen Akademien für Brand- und Katastrophenschutz in Celle oder Loy oder außerhalb des Landkreises Osnabrück teilnehmen, werden pauschal je Lehrgangstag 66 € erstattet, sofern kein Verdienstausschlag geltend gemacht wird.
- (2) Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren, die an mehrtägigen Lehrgängen innerhalb des Landkreises Osnabrück teilnehmen, erhalten eine pauschale Erstattung in Höhe von 50 € sofern kein Verdienstausschlag geltend gemacht wird.

§ 8

Auslagenersatz und Verdienstausschlag

- (1) Neben der nach §§ 1 bis 5 gewährten Entschädigung besteht vorbehaltlich der nachfolgenden Regelungen kein Anspruch auf Ersatz der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Auslagen (einschließlich der Fahrt- und Reisekosten, der Telefongebühren, des Schreibmaterials u. a. Auslagen) sowie des Verdienstausschlages.
- (2) Der Ersatz der nachgewiesenen Aufwendungen für die Betreuung eines Kindes gemäß § 33 Abs. 2 NBrandSchG wird auf 9,60 € je Stunde, begrenzt auf acht Stunden pro Tag und auf höchstens 185 € pro Monat festgesetzt.
- (3) Der Höchstbetrag für die Erstattung des nachgewiesenen Verdienstausschlages in Fällen nach § 33 Abs. 4 NBrandSchG beträgt 26,00 € je Stunde und wird auf acht Stunden pro Tag begrenzt.
- (4) Im Übrigen wird zu den Ansprüchen auf Ersatz der Aufwendungen im Falle eines Verdienstausschlages bzw. Fortzahlung des Arbeitsentgeltes auf § 32 NBrandSchG verwiesen.

§ 9

Aufwandsentschädigung bei Verhinderung

- (1) Die Zahlung der Aufwandsentschädigung entfällt, wenn die Empfängerin oder der Empfänger ununterbrochen länger als drei Monate verhindert ist seine Funktion wahrzunehmen, mit Ablauf des dritten auf den Beginn der Nichtwahrnehmung der Funktion folgenden Kalendermonats; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.
- (2) Nimmt die Vertreterin oder der Vertreter die Funktion ununterbrochen länger als drei Monate wahr (Erholungsurlaub bleibt außer Betracht), so erhält sie oder er für die darüberhinausgehende Zeit drei Viertel der für den Vertretenen festgesetzten Aufwandsentschädigung. Eine nach diesen Richtlinien an die Vertreterin oder den Vertreter zu zahlende Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

§ 10

Zahlung der Entschädigung

- (1) Die Aufwandsentschädigungen nach §§ 1- 4 werden monatlich jeweils zum 15. des Monats, und zwar unabhängig vom Beginn und Ende der Tätigkeit für einen ganzen Kalendermonat gezahlt.
- (2) Die übrigen Entschädigungen werden nachträglich auf schriftlichen Antrag gewährt.

§ 11

Inkrafttreten

Die Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung vom 27. Mai 2013 außer Kraft.

Neuenkirchen, den 21.09.2020

(Siegel) **Samtgemeinde Neuenkirchen**
Schwertmann-Nicolay
Samtgemeindebürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 19, 15. Oktober 2020